

Neuaufgabe des Wiesenter Ökopakets beschlossen

Klimafreundliches Handeln wird belohnt – Satzung über die Gestaltung von Grabstätten

Wiesent. (ms) Seit vielen Jahren fördert die Gemeinde Wiesent nachhaltige und umweltfreundliche private Baumaßnahmen sowohl im Bestand, als auch beim Neubau in Form eines Ökobeitrages. Diese gute Tradition möchte die Gemeinde weiter entwickeln und die Rahmenbedingungen anpassen. Bei der Gemeinderatssitzung am Donnerstag wurde die Neuaufgabe des Ökopaketes beschlossen.

Ziele für diesen Ökobonus sollen sein, finanzielle Anreize für die Häuslebesitzer zu geben. Als Motivationsgrundlage wird sich auf das Klimaschutzkonzept bezogen, bei dem bis 2040 die Kohlenstoffdioxid-Emissionen im Vergleich zu 2010 halbiert sein sollten und der Energiebedarf im Wärmebereich zu zwei Drittel mit regenerativ gewonnener Energie gedeckt werden soll. „Förderfähig sind Maßnahmen, die Gebäude betreffen, die vor dem Jahr 2009 fertiggestellt wurden“, erörtere Bürgermeisterin Elisabeth Kerscher zu den Bestandsgebäuden. Die Gemeinde unterstützt finanziell zum Beispiel die Dämmung von Dachflächen oder Außenwänden, sowie den Einbau von Fenstern mit Wärmeschutzverglasung.

Zertifikate nötig

Zum Thema erneuerbare Energien sind die Anschaffung von Photovoltaikanlagen oder der Einsatz von Heizanlagen auf Basis nachwachsender Rohstoffe Grundlagen für eine Förderung. „Aufgrund der Einwände der Räte bei der letzten Sitzung, die Summe bei den Altbauten zu erhöhen, haben wir nun die maximale Fördersumme auf 2000



Wer in Wiesent erneuerbare Energien einsetzt und ressourcenschonend baut und saniert, kann vom Förder- und Bonusystem der Gemeinde Gebrauch machen. (Foto: Meilinger)

Euro angehoben“, bezifferte Kerscher. Eine einmalige Finanzspritze gibt es weiterhin bei der Errichtung von Regenwasserzisternen. „Bei dem Erwerb des gemeindeeigenen Baugrundes durch private Bauherren wird pro Quadratmeter ein Aufpreis von zehn Euro veranschlagt. Dieser Aufschlag kann durch die Erfüllungen unterschiedlicher Ökorichtlinien mit bis zu 200 Prozent rückerstattet werden“, erklärte Kerscher. Ein Augenmerk wird dabei auf den Ressourcenschutz gelegt, wie etwa Holzständerbauweise, KfW-Effizienzhaus und Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung. Ein Kriterium ist die Klimaanpassung mit Regenwassernutzung, Versickerung und Bepflan-

zung. Einbezogen wird der Einsatz von erneuerbaren Energien mit Solarthermie, Photovoltaik, Wärmepumpe oder Biomasse. „Für die Bewilligung der Förderungen müssen detaillierte Unterlagen wie Fachunternehmererklärungen oder Zertifikate vorgelegt werden. Zuständig für die Prüfung ist Klimaschutzmanagerin Manuela Zirngibl“, fügte Geschäftsleiter Klaus Eschbach an. Das kommunale Förder- und Bonusystem tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft.

In der Dezembersitzung wurde die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die gemeindlichen Bestattungseinrichtungen beraten (wir berichteten). Die Anregungen der Räte wurden eingearbeitet und

zum Beschluss vorgelegt. Diese Änderung ist aufgrund der Erweiterung des Friedhofes und der nötigen Ergänzung von Vorschriften zu tätigen. Festgeschrieben wurde, dass bei bestimmten Flächen aufgrund der Bodenbeschaffenheit, die Ruhefristen bis zur Wiederbelegung auf 20 Jahre zu verlängern sind. Die Ruhefristen für Urnenbestattungen betragen zwölf Jahre. Die Urnenerdgräber haben eine Größe von 1,60 mal 0,80 Meter. Zugelassen sind als Grabmale aus witterungsbeständigen Natursteinen, Bronze, Schmiedeeisen und Holz, in neuen Bereich sind auch Glasobjekt zulässig. Wichtig sei laut Eschbach, der Paragraph in dem besagt werde, dass Grabsteine aus ausbeuteri-

scher Kinderarbeit nicht aufgestellt werden dürfen. Zum Pflegeumfang der Grabstätte gehöre auch die Hälfte des Wegeumgriffs bis zur nächsten Grabstätte, informierte der Geschäftsleiter. Trotz der Vorschrift, dass bei der bestehenden Urnenwand kein Schmuck abgelegt werden dürfe, müssten des Öfteren Schäden durch Wachskerzen behoben werden, berichtete Eschbach. Eingbracht wurde, dass es den Angehörigen erlaubt werden sollte Handblumen abzulegen, der Hinweis auf das Verbot von Wachskerzen sollte vermerkt werden, eine gute Alternative hierzu wären LED-Objekte.

Auf der Tagesordnung stand ferner die Beratung zum Beitritt der Gemeinde zur „Gigabitgesellschaft – Interkommunale Zusammenarbeit Breitbandversorgung“. Kerscher verlas die Informationen und die angestrebten Ziele. Es sei vorab nur eine Absichtserklärung dieses landkreisweiten, interkommunalen Zusammenschlusses vorhanden. Die Räte kritisierten, dass hier noch kein genaues Konzept vorgestellt werde und sie somit keine konkrete Beschlussfassung tätigen können. Befürwortet wurde, dass die Gemeinde ein grundsätzliches Interesse zeigen könnte, ein endgültiger Beschluss erst nach Vorstellung des Konzeptes erfolge.

Die vorgelegten Stellungnahmen zu den Bauleitplanungen der Nachbargemeinden Rettenbach und Barbing konnten ohne Einwände abgegeben werden.

Versammlung verschoben

Die Vorsitzende teilte mit, dass die Bürgerversammlung in Wiesent auf Donnerstag, 15. März, verschoben wurde. Am Ostermontag, 2. April, werde der neue Friedhofabschnitt seiner Bestimmung übergeben, am Samstag, 21. April, werde das neue Rathaus eingeweiht, am Sonntag, 22. April sei hier Tag der offenen Tür, lud Kerscher die Gemeinderäte ein.

Günther Lex sprach die Bauplatzsituation in Dietersweg an, hier sei eine große Nachfrage da, ebenso sei im Gegenzug die Bereitschaft da, Flächen für Baugrundstücke zur Verfügung zu stellen. Kerscher und Eschbach verwiesen auf die vielen bürokratischen Hürden, die gerade in den Außenbereichen zu überwinden seien. Die Gemeinde arbeite eifrig daran, eine Lösung zu finden, versicherte die Bürgermeisterin.

Über Vorbericht zum Haushaltsplan 2018 beraten

Großprojekte sind neues Rathaus und Generalsanierung des Kindergartens

Wiesent. (ms) Die Finanzsituation der Gemeinde Wiesent stellte sich in den letzten zehn Jahren äußerst stabil und sehr positiv dar. Dies ermöglichte es, dass erhebliche Investitionen unter anderem in Feuerwehrrätehäuser, Straßen- und Parkplatzbau und Breitbandversorgung getätigt werden konnten. Bei der Gemeinderatssitzung am Dienstagabend wurde der Vorbericht zum Haushaltsplan 2018 beraten. Trotz der finanziellen Ansprüche durch die Großprojekte neues Rathaus und Generalsanierung des Kindergartens, kann die Gemeinde durch einen gut strukturierten Haushaltsplan optimistisch in die Zukunft blicken.

„Mit den aktuellen Großprojekten Errichtung eines Rathauses mit Energiebildungszentrum in der „Alten Schule“ und der Maßnahmen am Kindergarten-Gebäude mit Erweiterung um zwei Kinderkrippen geht die Gemeinde Wiesent an ihre finanzielle Leistungsgrenze“, verlas Bürgermeisterin Elisabeth Kerscher und erläuterte: „Innerhalb eines kurzen Zeitraumes von nur drei Jahren wird von 2017 bis 2019 im Vermögenshaushalt ein Finanzvolumen von zehn Millionen Euro umgesetzt. Die Gegenfinanzierung ist dank der günstigen Fördersituation gut darstellbar.“

Für das Energiebildungszentrum konnte eine Förderbewilligung von 600000 Euro erreicht werden, für die Kinderbetreuungseinrichtungen könne Zuschüsse aus einem Bundesprogramm in Höhe von 483 000 Euro verzeichnet werden, weiterhin sorgen FAG-Mittel für ein Plus in der Kasse von 1350000 Euro, gab Kerscher bekannt.

In diesem Drei-Jahreszeitraum wird ein zinsloser Kredit in Höhe von 1,4 Millionen Euro in Anspruch genommen, wobei in den Folgejah-



Für das Baugebiet Wiesent Mitte sind für dieses Jahr für die Erschließungskosten von 635 000 Euro angesetzt, Einnahmen ergeben sich durch die geplanten Grundstückverkäufe in Höhe von 240 000 Euro. (Foto: Meilinger)

ren das Ziel sei, diese Verschuldung schnellstmöglich zurückzuführen, damit für künftige Investitionen wiederum Liquidität und finanzielle Spielräume geschaffen werden, so die Gemeindechefin.

Für 2018 ist der Verwaltungshaushalt mit 4581700 Millionen Euro angesetzt.

Wichtige Einnahmen

Die wichtigsten Einnahmen sind der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 1750000 Euro, die Schlüsselzuweisung (560000 Euro) und die kindbezogene Förderung (280000 Euro). Bei der Gewerbesteuer können 300000 Euro aus dem Gemeindebereich verbucht werden, zusätzlich erhält Wiesent eine Beteiligung an den Gewerbesteuereinnahmen des Gewerbegebietes Wörth-Wiesent von 220000 Euro.

Bei den Ausgaben stellen die Personalkosten mit 1365300 Euro den

größten Posten dar. Die Kreisumlage liegt bei 945000 Euro, die Schulverbandsumlage bei 250000 Euro. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt ist mit 775000 Euro angegeben. Der Vermögenshaushalt hat ein Volumen von 4049000 Euro, wobei bei den Ausgaben die Sanierung des Kindergartens den Hauptanteil von 1390000 benötigt. Für die neue Heizung im Grundschulgebäude sind 240000 Euro vorgesehen, der Breitbandausbau ist im 400000 Euro beschrieben, für das neue Baugebiet Wiesent Mitte werden die Straßenerschließung (270000 Euro) und die Kanal- und Wassererschließung (365000 Euro) eingeplant. Verschiedenen Förderungen begünstigen die Habenseite, so etwa für das neue Rathaus und Kindergartensanierung (siehe oben), die Schulheizung (110000 Euro) und für den Breitbandausbau (260000 Euro). Einnünfte ergeben sich durch Grundstückverkäufe für die Bau-

gebiete Wiesent Mitte (240000 Euro) und Kruckenberg Ost (205000 Euro).

Reduzierung der Schulden

Bei der Schuldenentwicklung wird 2018 ein Spitzenwert von 1850000 Euro erreicht, bis 2021 möchte man auf dies auf 920000 Euro reduzieren. Alfred Stadler meinte, dass trotz des Wertmutterens der Schuldenaufnahmen, eine solide Finanzierung aufgestellt wurde. Mit dem Rathaus und dem sanierten Kindergartengebäude werde ein Mehrwert in der Gemeinde geschaffen.

Alois Giehl regte an, den Gegenwert dieser Gebäude im Haushaltswerk mit aufzuführen. Der Haushaltsplan, die Haushaltssatzung, der Finanzplan und das damit zugrundeliegenden Investitionsprogramm wurden vom Gremium geschlossen befürwortet.

Donau-Post

Verlag und Druck: Cl. Attenkofer'sche Buch- und Kunstdruckerei KG, Ludwigplatz 32, 94315 Straubing, Postfach 354 und 355, 94303 Straubing, Telefon-Zentrale 09421/940-0, Fax 940-4390.

Verleger u. Herausgeber: Prof. Dr. Martin Balle. Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Dr. Gerald Schneider, Markus Peherstorfer (stellv.). Redakteure für Sonderaufgaben: Fridolin M. Rüb, Bernhard Stuhlfelner. Bayern und Regionales: Hannes Lehner, Ralf Lipp (stellv.). Sport: Ottmar Guggis, Peter Parzefall (stellv.). Sämtliche Straubing, Feuilleton und Unterhaltung: Philipp Seidel, Landshut.

Verlags- und Gesamt-Anzeigenleitung: Klaus Andreas Huber, regionale Anzeigenleitung: Stefan Mühlbauer.

Geschäftsstelle und Redaktion: Josef Raith, 93086 Wörth/Do., Ludwigstraße 2, Telefon 09482/940710, Fax 09482/9407-20, Internet: www.donau-post.de, E-Mail: redaktion@donau-post.de.

Bezugspreis monatlich durch Zusteller € 29,20 (inkl. 7 % MwSt. und Zustellgebühren), bei Postzustellung € 30,30 (inkl. 7 % MwSt. und Postvertriebsgebühren).

Abonnements können bis spätestens 1. des Monats zum Monatsende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.

Abonnementbestellung: Straubinger Tagblatt, Aboservice, Telefon 09421/9406400. Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenschluss: Für die Ausgaben Dienstag bis Freitag am Werktag vorher um 12 Uhr, Samstagausgabe Donnerstag 16 Uhr, Montagausgabe Freitag vorher 12 Uhr.

Bei Störungen durch höhere Gewalt keine Ersatzansprüche.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.